

Das Netz als Chance für unsere Demokratie

I. Einleitung

Unser politisches System befindet sich im Umbruch. Dabei geht es um mehr als um mangelnde Akzeptanz für einige Entscheidungen oder Projekte. Es gibt ein sich verstärkendes Misstrauen gegen „die Politik“ insgesamt. Berechtigte Kritik an verfehlten politischen Entscheidungen aufzunehmen, zu verstärken und für Veränderung zu streiten, gleichzeitig die eigenen Konzepte und Projekte als konstruktive, demokratisch geredete Lösungen und Alternativen vorzubringen und damit nicht ganz ähnlichen Widerstand zu provozieren, das wird in Inhalt und Form eine der größten Herausforderungen für die Grüne Politik der nächsten Jahre.

Dabei wird die Rolle des Internets von großer Bedeutung sein. Denn neben den vielen anderen neuen Möglichkeiten und Chancen, die das Netz mit sich bringt, liegen hier auch enorme Potentiale für unsere Demokratie, für mehr Transparenz und verbesserte Teilhabe. Diese Potentiale können sich gegen bestimmte Projekte und politische Entscheidungen richten, sie können aber auch für größere Akzeptanz auf dem Weg eines demokratischen Willensbildungsprozesses und tatsächlich bessere und abgewogenere Entscheidungen genutzt werden. Vor diesem Hintergrund fürchten einige die Informations-, Kommunikations- und Organisationsmacht des Netzes – Grüne Politik sollte jedoch auf die neuen digitalen Öffentlichkeiten setzen. Dabei gibt es zum einen die pragmatische Dimension, bei der Mobilisierung und Organisation über das Internet zentral sind. Zum anderen nutzen wir alle die Möglichkeiten des Netzes für die Grundlagen unserer Demokratie; entscheidend sind dafür Information, Transparenz, Partizipation, und Kommunikation.

II: Beispiele:

Wenn der Unmut über bestimmte politische Entscheidungen und deren Umsetzung in gut über das Internet vernetzten Kreisen steigt, war in der Vergangenheit bereits zu sehen, welche Rolle die Neuen Medien bezüglich der Äußerung politischen Unmutes und Organisation von bürgerlichem Widerstand in Zukunft noch spielen werden.

1. Onlinepetitionen

Schon heute spielen Online-Petitionen im Deutschen Bundestag eine große Rolle. In den letzten fünf Jahren gelang es neun Petitionen, Anhörungen zu in Petitionen angesprochenen Themen im Bundestag durchsetzen, wofür es mindestens 50.000 UnterzeichnerInnen bedarf. Das prominenteste Beispiel hierfür war die Online-Petition gegen Netzsperrern mit über 134.000 Zeichnerinnen und Zeichnern. Mit über 186.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern war jedoch eine Petitionen gegen die schlechte Bezahlung von freiberuflichen Hebammen die bislang größte Petition in der Geschichte des Deutschen Bundestages.

2. Menschenkette zwischen Brunsbüttel und Krümmel

Im Sommer dieses Jahres schaffte ein breites Bündnis aus Organisationen, Verbänden und Parteien eine Menschenkette zwischen den AKW Brunsbüttel und Krümmel zu realisieren – mitten durch die schleswig-holsteinische Provinz. Um die Kette zu schließen, so die Berechnungen vorab, bräuchte man zwischen 50.000 und 75.000 Menschen.

Vor diesem Hintergrund wirkte die Idee, eine noch einmal deutlich größere Zahl von Menschen auf eine Strecke von über 100 km gleichmäßig über die schleswig-holsteinischen Provinz zu verteilen, vielen als schlichtweg nicht umsetzbar. Letztlich wurden die Erwartungen des Bündnisses mit ca. 120.000 teilnehmenden Menschen bei Weitem übertroffen. Eine Analyse dieses erfolgreichen Protest- und Widerstandsignals gegen eine Umkehr vom Atomausstieg lohnt:

Wie schafften es die Planerinnen und Planer, tatsächlich eine derartig große Menschenmenge zu mobilisieren und diese dann noch gleichmäßig auf die gesamte Streckenlänge zu verteilen?

Ersteres gelang mit einer strikt auf die neuen Kommunikationsformen setzenden Mobilisierungsstrategie, die auf die Wirkung von Homepages, Mailinglisten, Mobilisierungsvideos und Kommunikation über soziale Netzwerke setzte und nicht zuletzt davon lebte, dass die Botschaft viral weiterverbreitet wurde, wodurch eine wahre Mobilisierungswelle entstand. Zweiteres gelang durch eine den Rückgriff lokaler Initiativen, die detaillierte Informationen über die jeweiligen Streckenabschnitte mit Hilfe des Internets direkt in Kartenmaterial eintragen konnten – inkl. Parkplätzen für die anreisenden Busse. Auch die Akquirierung für die Aktion benötigter Geldmitteln in erheblicher Höhe gelang mit Hilfe des Internets und dort eingesetzter Spendentools.

3. Beispiel: Stuttgart21

Die derzeitigen Proteste in Stuttgart sind nicht nur Ausdruck der Ablehnung eines konkreten Projekts und seiner Folgen, sie sind auch Ausdruck eines Versagens politischer Kommunikation und einer neuen Organisationsform, sich gegen dies zu wehren.

Monatelang gingen zehntausende Menschen auf die Straße für und gegen Stuttgart21 auf die Straße. Dabei handelte es sich keineswegs um das „Ende der parlamentarischen Demokratie“, sondern vielmehr um den Nachweis einer vitalen Demokratie, in der mündige Bürgerinnen und Bürgersich öffentlich für das Wohl ihrer Stadt, ihrer Region oder ihres Landes engagieren und zum Ausdruck bringen, dass sich ihre politische Meinungsbekundung nicht auf den bloßen Akt der Stimmabgabe am Wahltag erstreckt.

Der Protest beschränkte sich jedoch nicht nur auf öffentliche Demonstrationen, sondern spielte sich auch in einem erheblichen Maße im Internet, auf Homepages, in Foren, sozialen Netzwerken und auf Twitter ab. Nicht zuletzt aufgrund des hier erzeugten Drucks konnte in Stuttgart ein Schlichtungsverfahren vereinbart und durchgeführt werden, das - unabhängig von seinem konkreten Ausgang - neue Maßstäbe in Hinblick auf Bürgerbeteiligung gesetzt hat. Diese neuen Formen demokratischen Protests sind derzeit auch an vielen anderen Orten in der Republik zu beobachten.

Menschen wehren sich verstärkt gegen eine Verschlechterung der Lebensqualität vor Ort und gegen Eingriffe in Natur und Umwelt. So gibt es in tausenden Kommunen relevanten Widerstand gegen Straßenprojekte, Biogasanlagen und Windradparks, genauso gibt es aber vielfältiges Engagement für Fußgängerzonen, Umgehungsstraßen und bessere Bildungsangebote.

III: Schlussfolgerungen

Politische EntscheidungsträgerInnen sollten sich selbstkritisch fragen, ob bisherige Beteiligungsformen, gerade was die kommunikative Begleitung von Großprojekten angeht, den exorbitant gestiegenen Möglichkeiten einer verstärkten Transparenz und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, die uns vor allem das Internet bietet, noch gerecht werden. Gleichzeitig sollten neue Möglichkeiten der Partizipation für all diejenigen geschaffen werden, die sich konstruktiv an der Mitgestaltung ihrer Lebensumfeldes beteiligen wollen.

Die Zeiten, in denen milliardenschwere Großprojekte in Staatskanzleien, bei Kamin- und Hinterzimmerrunden beschlossen, geplant, und schließlich ungestört realisiert werden konnten und in denen oftmals exorbitante Kostensteigerungen einfach negiert wurden konnten, sind vorbei. Angesichts einer inzwischen lange andauernden und sich auch wegen der Schuldenbremsen in Bund und Land weiter zuspitzenden Finanz- und Verschuldungskrise der öffentlichen Hand, gibt es eine massive Skepsis gegenüber teuren Groß- bzw. Infrastrukturprojekten.

Angesichts der Möglichkeiten, die uns das Internet in Sachen Information, Transparenz und Partizipation bietet, verstehen die Menschen heute nicht mehr, warum sich ihre Beteiligung an politischen Entscheidungen auf den bloßen Wahlakt beschränken soll. Sie haben ein starkes Interesse daran, sich unabhängig von Wahlen an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21 im Besonderen, zunehmend aber auch politische Vorhaben im Allgemeinen, müssen sich zukünftig dauerhaft legitimieren.

Offene Informationen, Moderation und Mediation werden also zu Grundvoraussetzungen politischer Projektrealisierung. Diejenigen, die das zuerst verstehen, werden hier von profitieren. Wer hingegen angesichts bürgerlicher Proteste das Ende der parlamentarischen Demokratie ausruft, hat die Zeichen der Zeit eben *nicht* erkannt. Der Versuch, eine vormals immer wieder eingeforderte Einmischung in politische Entscheidungen heute als „Verhinderungsdemokratie“ zu diskreditieren, ist unredlich und geht am demokratischen Selbstverständnis vieler Menschen vorbei.

IV: Wir Grünen denken weiter – schon immer

1. Grundverständnis Grüner Politik

Grüne Politik muss dem gesteigerten Wunsch der Bevölkerung, sich verstärkt in politische Entscheidungen einbringen zu können, gerecht werden. Wir sollten zum Ausdruck bringen, dass die Zeiten der „Zuschauerdemokratie“ vorbei sind und wir uns auf die

gemeinsame Gestaltung von Politik mit all denjenigen freuen, die sich konstruktiv einbringen wollen. Dass wir es sind, die den Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten geben, zukünftig stärker selbst mitzulesen, mitzureden, mitzugestalten, und Einfluss zu nehmen.

Seit jeher ist es unser Anspruch, als Partei offen und transparent Politik so zu gestalten, dass Interessierte mitmachen und sich einbringen können. Wir arbeiten eng mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen, wir ermöglichen politische Mitarbeit in Parteigremien - auch für Nicht-Parteimitglieder - auf unseren Websites bieten sich Kommentarfunktionen, wir ermöglichen - als erste Fraktion im Deutschen Bundestag - die Mitarbeit an eigenen Gesetzesinitiativen, die wir vor der Verabschiedung in der Fraktion online zur Diskussion gestellt haben, wir setzen auf Kollaborationstools für die Erarbeitung parlamentarischer Initiativen und wollen diese Möglichkeit in Zukunft ausbauen. Wir diskutieren auch abseits klassischer Fachgespräche (z.B. in Barcamps) mit all denjenigen, die an der Weiterentwicklung unserer politischen Konzepte mitarbeiten wollen. Die grüne Jugend experimentiert zudem bereits mit neuen Internet-basierten demokratischen Delegationstechniken wie Adhocracy.

Wir empfinden den gesteigerten Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung nicht als störende Einmischung, sondern als bereichernden Input. Den eingeschlagenen Weg einer weiteren Öffnung unserer Partei- und Fraktionsstrukturen wollen wir fortsetzen. Um unser Ziel durchzusetzen, staatliche Strukturen zu öffnen, wollen wir auch weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen. Unsere traditionell enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft kommt uns hier sehr entgegen.

2. Grüne als Vordenker eines neuen Politikstils

Als Initiatoren des Informationsfreiheitsgesetzes sollten wir uns heute fragen, wie wir dem gesteigerten Wunsch nach Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mit den neuen Möglichkeiten des Internets effektiv verbinden und die Informationsfreiheit weiterentwickeln können.

2011 wird das Informationsfreiheitsgesetz fünf Jahre alt und soll evaluiert werden. In einigen Ländern wie Bremen und Mecklenburg-Vorpommern ist dies bereits geschehen. Die Bremer Erfahrungen zeigen, dass eine grundsätzliche Bereitstellung aller relevanten Informationen enormen Vorteile bringen: Bürgerinnen und Bürger müssen nicht einzeln anfragen, sondern bekommen über eine eigens geschaffene Online-Plattform schnellen Einblick. Die Regelung des Informationsfreiheitsgesetzes zu den Online-Veröffentlichungspflichten (§ 11, Abs. 3) sollten wir konsequent entlang der neuen technischen Möglichkeiten zu einer Informationsfreiheit 2.0 weiterentwickeln. „Open Data“ und „Open Government“ sind dabei mehr als modische Schlagworte. Als Garantien für einen freien Zugang zu staatlichen Informationen sind sie von entscheidender Bedeutung für die Zukunft demokratischer Kommunikation.

Der freie und ungehinderte Zugang zu Informationen und Daten staatlicher Institutionen sind die Grundvoraussetzung für aktive Teilhabe mündiger Bürgerinnen und Bür-

ger an gesellschaftlichen Willensbildungsprozessen in einer lebendigen Demokratie und damit die Grundlage für qualifizierte Entscheidungen und deren Akzeptanz.

Schon heute gewährt das Informationsfreiheitsgesetz jeder Person einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen von Bundesbehörden. Eine Begründung des Interesses – ob nun rechtlicher, wirtschaftlicher oder sonstiger Art - ist ausdrücklich nicht erforderlich. Die deutsche Bundesregierung hat sich auch auf internationaler Ebene wiederholt dafür ausgesprochen, öffentliche Daten zur Nutzung durch Dritte bereitzustellen. Vielfach sind Daten schon heute zugänglich und bei den Behörden abrufbar – allerdings bislang mit teilweise erheblichen Aufwand und eben nicht einfach, maschinenlesbar, online und an einem Ort. Open Data muss daher zukünftig auf einer Umkehrung bestehender Grundannahmen basieren: Die Norm muss die kostenfreie Veröffentlichung von Daten in mehreren maschinenlesbaren freien Formaten sein. Auch hier waren wir Grünen mit den bereits existierenden Regelungen im Umweltinformationsgesetz Vorreiter.

Öffentliche Daten sind nicht nur für den Einzelnen und die Allgemeinheit, sondern auch für Wirtschaft und Wissenschaft von hoher Relevanz. Das Potenzial für Innovationen und der gesamtgesellschaftliche Nutzen, die durch den Zugang zu diesen Informationen erschlossen werden können, liegen auf der Hand: Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft können innovative, neuartige Anwendungen, Geschäftsfelder und Dienstleistungen auf Basis offener Daten schaffen. Visualisierung und bessere Verknüpfungsmöglichkeiten von Datensätzen ermöglichen auch besser fundierte politische Entscheidungen, bessere Vergleichsmöglichkeiten und einfachere Wirksamkeitsmessung verschiedenster Maßnahmen.

Der gesamtgesellschaftliche Nutzen überwiegt also bei Weitem gegenüber den potenziellen Einnahmen aus kostenpflichtigen Vermarktungsstrategien der Daten einzelner Behörden. Durch zahlreiche Best-Practice-Beispiele ist der hohe Innovationsschub, der mit der Offenlegung von Data einhergeht, jedoch belegbar. Vor diesem Hintergrund wollen wir das bestehende Informationsfreiheitsgesetz wollen wir mit der anstehenden Evaluation zu einer Informationsfreiheit 2.0 weiterentwickeln.

V: Informationsfreiheit 2.0 – Offene Verwaltung, freie Daten und Partizipation

Für die konsequente Fortsetzung unseres Ansatzes für eine offenere Verwaltung und mehr Beteiligung bedarf es einer neuen politischen Kultur (Open Government) und konkreter Ansätze für Transparenz (Open Data), Kollaboration und Beteiligung (Instrumente der Partizipation).

1. Open Government

Die Grundvoraussetzung einer neue politische Kultur für mehr Information, Transparenz und Beteiligung ist ein staatliches Selbstverständnis des „Open Government“. Im Gegensatz zu seinen Bürgerinnen und Bürgern muss der Staat gläsern werden - ganz im Sinne des Open Government-Prinzips, das die Öffnung des Staates fordert.

Hierfür bedarf es einer wirklichen Abkehr vom Staatsverständnis eines preußischen Obrigkeits- und Ausschluss-Staates. Eine offenere und transparentere Verwaltung ist die Grundlage einer neuen Beteiligungskultur und einer verbesserten Interaktion mündiger Bürgerinnen und Bürgern mit dem Staat.

Noch immer gibt es in deutschen Amtsstuben starke Vorbehalte gegenüber diesem neuen Selbstverständnis, denn: Transparenz schafft Überprüfbarkeit bei gleichzeitigem Kontrollverlust, auch ist der Aufwand für stetige Onlinekommunikation nicht zu unterschätzen. Außerdem entstehen derzeit Transparenz und Bürgerbeteiligung mitunter auch ungefragt, zuweilen auch unerwünscht: Das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten wird auf Plattformen wie Abgeordnetenwatch sichtbar, Sicherheitslücken im neuen Personalausweis u.a. durch den Chaos Computer Club offenkundig, Parlamentsbefassungen durch eine zunehmende Anzahl erfolgreicher ePetitionen erzwungen und ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Daten bei Wikileaks veröffentlicht. Verhindern oder aufhalten lässt sich dieser Prozess im Zeitalter des Internets jedoch nicht. Vor diesem Hintergrund wären staatliche Strukturen gut damit beraten, proaktiv tätig zu werden und den Mehrwert, der eine Öffnung staatlicher Strukturen mit sich bringt, zu nutzen. Wir Grünen wollen unseren Teil dazu beitragen, diesen Mehrwert zu vermitteln. Die Öffnung staatlicher Strukturen (Open Government) ist eng verknüpft mit der Veröffentlichung sämtlicher mit staatlichen Mitteln gewonnener Informationen (Open Data), welche wiederum eine neue Kultur der Transparenz, der Kollaboration zwischen Bürger und Staat und Partizipation ermöglicht.

2. Open Data

Für mehr Transparenz durch die Offenlegung von durch die öffentliche Hand gewonnene Daten bedarf es einer Aufbereitung der Informationen in maschinenlesbarer Form. Erfasst werden dabei nur solche Daten, die keinem Geheimnis- oder Datenschutz unterliegen. So aufbereitet werden die Daten anschließend auf Internetportalen zum freien Download und zur freien Weiterverarbeitung bereitgestellt. Umgesetzt wurden solche Datenportale bereits in vielen Ländern, vor allem in England und den USA. Wir Grünen wollen uns für die Offenlegung und Bereitstellung von Daten unter den genannten Kriterien einsetzen.

3. Kollaboration

Kollaboration wiederum bezieht sich auf eine verbesserte Zusammenarbeit mit Hilfe des Internets innerhalb von Behörden oder zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern. So lassen sich bereits heute einzelne Verwaltungen durch die aktive Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern unterstützen, z.B. wenn es um Hinweise und Anregungen aus der Bevölkerung geht, oftmals in Form von standardisierten Meldeverfahren fernab des klassischen Bürgertelefons. Zu einer verbesserten Kollaboration, das hat die Vergangenheit gezeigt, kann auch eine Offenlegung von Daten und eine damit einhergehende erhöhte Transparenz politischer Entscheidungen führen. Wir Grünen wollen dazu beitragen, behördliche Kollaborationstools weiterzuentwickeln.

4. Instrumente der Partizipation

Eine erweiterte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger schließlich ist das wünschenswerte Resultat der Öffnung staatlicher Strukturen und einer verbesserten Kollaboration, die auch das Ergebnis der Bereitstellung offener Daten sein kann. Partizipation reicht dabei von der einfachen Meinungsbefragung der Bürgerinnen und Bürger zu konkreten politischen Vorhaben, über Möglichkeiten zur Artikulation von Wünschen und Ideen für zukünftige Vorhaben, bis hin zu weitreichenden Online-Beteiligungsverfahren, in denen BürgerInnen-Haushalte aufgestellt, politische Maßnahmen angesichts knapper finanzieller Mittel priorisiert oder Einsparungsvorschläge bewertet werden können. Wir Grünen wollen dazu beitragen, Instrumente für eine verbesserte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger weiterzuentwickeln.

VI. Konkrete Politische Forderungen grüner Politik

Alle Daten aus Gesetzgebung, Rechtsprechung und öffentlicher Verwaltung, die mit öffentlichen Mitteln erstellt wurden und nicht berechtigten Datenschutz- oder Sicherheitsbeschränkungen unterliegen, sollten der Allgemeinheit im Internet zugänglich gemacht werden, wobei die folgenden Anforderungen einzuhalten sind: Daten sollten in vollem Umfang und ohne vorherige Filterung oder Einschränkungen (Rohdaten), in offenen, standardisierten maschinenlesbaren Formaten, über offene normierte Schnittstellen (API), mit freien Lizenzen, die die Nutzung und Bearbeitung der Daten nicht einschränken, zeitnah und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden – selbstverständlich unter Wahrung sämtlicher datenschutzrechtlicher Bestimmungen.

Dazu sollten auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) Datenportale geschaffen werden, auf denen die Informationen nach diesen Kriterien angeboten und von den Bürgerinnen und Bürger weiterverwendet werden.

Für einen übersichtlichen Einstieg empfiehlt sich die Einrichtung eines gemeinsamen, die verwaltungsebenenübergreifenden Portals mit einer intuitiven URL wie etwa www.offene-daten.de oder daten.bund.de. Die Bundes- und Landesregierungen sollten "Apps for Democracy"-Wettbewerbe ausloben, um Bürgerinnen und Bürger anzuregen, Anwendungen auf Basis der öffentlichen Daten zu entwickeln.

Best-Practice-Beispiele von Open Government-Initiativen sollten ausgemacht und sowohl für den Bund und die Länder als auch für Städte und Kommunen weiterentwickelt werden. Der neu geschaffene IT-Planungsrat sollte hier eine koordinierende Funktion einnehmen, Landes- und Bundesdatenschutzbeauftragte bei der Erstellung von Konzepten eng eingebunden werden.

VII: Mögliche Fragen zur Diskussion innerhalb der AG Demokratie:

1. Wie gelingt es uns als Grüne, zu verdeutlichen, dass wir die Zeichen der Zeit erkannt und die enormen Chancen einer modernen politischen Kommunikation zwischen Parteien/Staat und Bürgerinnen und Bürgern verinnerlicht haben?
2. Wie gelingt es uns, herauszustellen, dass wir Grüne Vorreiter für einen transparenten Staat sind, der direktdemokratische Beteiligung auch fernab von Wahlen ermöglicht und - sowohl als Partei als auch als Bundestagsfraktion – anderen aufzeigen, was wir von Ihnen erwarten?
3. Wie können wir die innerhalb der Parteistrukturen angestoßenen Prozesse einer verbesserten BürgerInnen-Beteiligung ausbauen und beschleunigen?
4. Was könnten zukünftige Parlamentarische Initiativen und Aktionen hierzu sein?
5. Welche Tools könnten wir uns hierfür vorstellen?
6. Wie sollten Bundes- und Landespartei(en), Bundes- und Landtagsfraktionen und andere grüne Gremien hier zukünftig zusammenarbeiten?
7. Macht die Etablierung eines koordinierenden Gremiums Sinn?
8. Welche Rolle spielen die zahlreichen Landtagswahlen im kommenden Jahr?
9. Welche Rolle können die Länder übernehmen, in denen Grüne mitregieren?
10. Wie können wir unsere traditionell engen Kontakte zur Zivilgesellschaft hierfür nutzen? Sind auch die Piraten mögliche Kooperationspartner für uns?
11. Steht unser Anspruch, die eigenen Angebote möglichst barrierefrei zu gestalten, womöglich im Widerspruch zur Schaffung neuer Beteiligungsmöglichkeiten?